

(SPIEGEL 35/1953) von sich reden machte — derart mit juristischem Deutsch theoretisch umschrieb, läßt sich auf die praktische Formel bringen: Wenn amerikanische Väter deutscher unehelicher Kinder keine Alimente zu zahlen brauchen, dann braucht zur Vergeltung auch ein Deutscher, der in Amerika mit einer Amerikanerin ein uneheliches Kind hat, nicht zu zahlen.

Anlaß zu diesem resistenten Urteil des Nürnberger Oberamtsrichters war eine Klage, die ein siebenjähriger Knabe aus New York, der durch seine ledige Mutter vertreten wurde, gegen seinen deutschen Vater wegen Unterhalts erhoben hatte. Der Vater hatte bis 1947 als Emigrant in den Vereinigten Staaten gelebt. Er erkannte die Vaterschaft an, zahlte auch ein gutes Jahr lang regelmäßig Unterhalt für das Kind, stellte dann aber seine Zahlungen ein, kehrte 1947 nach Deutschland zurück und machte ein Geschäft auf.

Die gefoppte Mutter erhob Unterhaltsklage; der nun in Deutschland sitzende Vater solle weiterhin Alimente zahlen. Die Landeszentralbank von Bayern gab die devisenrechtliche Genehmigung, und Kind und Mutter sahen mit einiger Zuversicht dem Ausgang des Verfahrens entgegen.

Auch der Oberamtsrichter Wilhelm fand in seiner Beurteilung der Lage zunächst heraus, daß die Mutter in New York recht tat, Klage gegen den Vater ihres Kindes zu erheben. Daß der beklagte Vater aber nun doch nicht für sein Kind zu zahlen braucht, hat er der besonderen Nachkriegssituation zu verdanken, deren Schilderung Oberamtsrichter Dr. Wilhelm in seiner Urteilsbegründung mit den Worten einleitet: „Die Klage ist ... im vollen Umfange aus völkerrechtlichen Gründen abzuweisen.“

Meditiert Dr. Wilhelm in seinem Urteil: „Es ist ein Grundsatz der gesamten zivilisierten Welt, insbesondere des christlichen Abendlandes, daß sämtliche Menschen vor dem Gesetz gleich sein müssen. Er hat seinen Ursprung in der göttlichen Lehre des Christentums und aller fortgeschrittenen sonstigen Religionen, daß alle Menschen vor Gott gleich sind, wie dies Martin Luther ausgesprochen hat: ‚Es ist hier kein Unterschied, sie sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhmes, den sie vor Gott haben sollen.‘“

„... Die Vereinigten Staaten von Nordamerika weigern sich, unehelichen Kindern deutscher Staatsangehörigkeit den gleichen Rechtsschutz zuzubilligen, den sie ihrerseits von deutschen Staatsangehörigen für uneheliche Kinder US-amerikanischer Staatsangehörigkeit fordern ...“

„Diese Gesetzgebung der USA hat dazu geführt, daß heute in Deutschland über 80 000, darunter 4000 farbige, uneheliche Kinder vorhanden sind, für die keine Väter festgestellt und zur Unterhaltsleistung herangezogen werden können ... Aus diesem Grunde heraus hat sich das Gericht entschlossen, seinerseits dem klagenden Kind den Rechtsschutz zu verweigern, obwohl ihm dieser Entschluß, der hier ein unschuldiges Kind trifft, sehr schwer gefallen ist.“

Ehe der Nürnberger Oberamtsrichter aber so auf eigene Faust Vergeltung für die vaterlosen Besetzungskinder üben konnte, mußte er sich ein rechtliches Fundament für dieses sein Urteil mauern. Denn im Artikel 31 des Einführungs-gesetzes zum BGB heißt es eigentlich:

„Durch Anordnung des Reichskanzlers (1937 von den Nationalsozialisten eingesetzt; des Reichsjustizministers) kann bestimmt werden, daß gegen einen ausländischen Staat sowie dessen Angehörige und ihre Rechtsnachfolger ein Vergeltungsrecht zur Anwendung gebracht wird.“

Auch das Reichsgericht hat gefunden, ein Richter dürfe ohne Anordnung der Regierungsorgane keine Vergeltung üben.

Dr. Kurt Wilhelm in Nürnberg meint dazu aber in seinem Urteil:

„Diese Einschränkung kann nach der heutigen staatsrechtlichen Stellung der Gerichte nicht mehr aufrechterhalten werden. Nach Artikel 92 des Grundgesetzes ist die ‚rechtsprechende Gewalt‘ den Richtern anvertraut ... Diese richterliche Gewalt muß auch die Befugnis des Richters umfassen, zu entscheiden, ob es im Einzelfall recht und billig ist, jemandem den Rechtsschutz zuzubilligen oder zu verweigern.“

So muß erst einmal der siebenjährige Knabe in New York ausbaden, daß seine erwachsenen Landsleute sich in der Besetzungstruppe erst zu wenig und dann zuviel Zurückhaltung auferlegt haben.

lerfeld gekommen, um neben Raatz und Schmiedeberg und inmitten einer aus Zivil- und Uniform gemischten Prominenten-Wolke zuzuschauen, wie 230 stramme 20jährige Grenzzäger in Stahlhelmen, bewaffnet mit Karabinern, das alte Bergstädtchen bei Goslar auf friedliche, wenn auch geräuschvolle Weise okkupierten.

Nach einer noch zaghaften schwachen Generalprobe im Februar vorigen Jahres in Dannenberg an der Elbe, wo eine Hundertschaft einrückte, war es das erstmal, daß eine Bundesgrenzschutz-Einheit derart eng an die alte Wehrmacht-Tradition, einen neuen Standort zu übernehmen, anknüpfte: mit Vorbeimarsch, Großem Zapfenstreich, Garnisonball und allen Schi-



Mal wieder ein schönes Bild: Parade in Clausthal-Zellerfeld

## BUNDESGRENZSCHUTZ

### Bitte Einmarsch

(s. Seite 35)

„Und um die Ecke brausend bricht's /  
Wie Tubaton des Weltgerichts, /  
Voran der Schellenträger ...“  
(Dellev von Liliencron: „Die Musik kommt“)

**B**ürgermeister Dr. Schmiedeberg war im Zylinder erschienen.

Der würdige, 72jährige Herr, Oberstudiendirektor a. D., hat eines Gebrechens wegen nie einen preußischen Kasernenhof mit seinem Schweiß benetzt, noch ist er je im Felde gestanden. Und so schaute sein spitzes, pergamentenes Gelehrten-gesicht erstaunt dem martialischen Schauspiel zu, das sich seinen Augen bot.

Auch Stadtdirektor Raatz, in feierlichem Schwarz zu silberfarbenem Binder, schien, obgleich gedienter Jahrgang und Oberzahlmeister der Reserve a. D. und obgleich dieser Tag hauptsächlich sein Werk war, nicht recht zu wissen, ob er das verblüffende Klischee vergangener Rekruten-Angstträume, das er zu sehen bekam, nicht doch lieber für einen Spaß halten sollte.

Es war ein Sonnabend. Aus Hannover waren Niedersachsens BHE-Wirtschaftsminister Dr. Ahrens und aus Bonn Ministerialdirektor Egid, Abteilungsleiter VI (Öffentliche Sicherheit) im Bundesinnenministerium, trotz unbeständigen Wetters in ihrem Kraftwagen nach Clausthal-Zel-

kanen. Der Geist der alten Goslarer Jäger spukte.

14.15 Uhr, beim Wolfschen Gasthof am Stadteingang von Clausthal-Zellerfeld: „Achtung, Augäen rechts!“ Hackenknall. Des Hauptmanns Kullmann (Gregory-Peck-Gesicht) Arm zackte zum Helmrund: „Erste und zwote Hundertschaft der Bundesgrenzschutzabteilung Nord II zum Einmarsch in den Standort Clausthal-Zellerfeld angetreten.“

Die Meldung war an den Abteilungs-kommandeur, Oberstleutnant i. BGS Willi Langkeit, 46, gerichtet, einen Offizier, der es gewohnt ist, größere Truppenmassen zu überblicken. Der im Krieg mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz und dem rumänischen „Michael dem Tapferen“ ausgezeichnete ehemalige Generalmajor und Kommandeur der Division „Kurmark“, nach Kriegsende Autovertreter, kann allerdings erst hoffen, seinen früheren Dienstgrad wieder zu erreichen, wenn der Bundesgrenzschutz weiter verstärkt wird. „Bitte Einmarsch!“ sagte er beinahe verbindlich.

Stadtdirektor Raatz verbeugte sich: „Ich heiße den Bundesgrenzschutz willkommen.“ Renate Raatz, 4, knickte und überreichte Blümchen.

Oberleutnant Kothe, Spielleiter des Musikkorps, riß den Stock hoch. Die traditionellen Luftwaffen-Saxophone quäkten, und der deutsche Muskote fiel nach achtjähriger Marschpause hinter dem

blechnen Geschmetter des Bayerischen Avanciermarsches wieder schwerfällig in Gleichschritt.

Noch vor zwei Jahren, als der Bundesgrenzschutz anfing Soldat zu spielen, hätte niemand dem empfindlichen deutschen Ohr ein militärisches Tschingtara, geschweige einen Marschritt, Tempo 118, zugemutet. Nun rasselten die Trommeln schon wieder herausfordernd los, und die Clausthal-Zellerfelder Bergbewohner nahmen, ähnlich wie ihre beiden Stadtoberhäupter, das aufrüttelnde Geräusch etwas überrascht, etwas ungläubig, aber, als der Traum nicht verfloß, mit der gelassenen Ergebenheit eines schußfesten Artilleriegaules hin, den kein Granateinschlag mehr erschütterte. Hinter den Fenstern des Altersheimes zeigte sich in den blitzenden Augen altgedienter Veteranen echte Begeisterung.

Seit der jahrhundertealte Silberbergbau im Jahre 1928 eingestellt und der letzte Schacht ersäuft wurde, nagt Clausthal-Zellerfeld am Hungertuch. In den Wintermonaten, zwischen Oktober und April, wenn die Stadt bis über die Ohren im Schnee steckt, ist jeder sechste Bewohner erwerbslos.

Es waren daher hauptsächlich wirtschaftliche Gründe, aus denen heraus sich vier BHE-, acht SPD-, ein FDP-, drei CDU- und drei parteilose Ratsherren (19 von insgesamt 21) in überparteilicher Einmütigkeit zur örtlichen Remilitarisierung bekannten. Im Hinblick auf die 120 Mark, die jeder Grenzjäger monatlich frei auf die Hand bekommt, und in der sicheren Erwartung fetter Kantinen-Aufträge hatten vor allem die Wirte und der Lebensmittelhandel die schwarzgelbgrünen Harzfahnen zur Begrüßung aus den Fenstern der verwitterten Holzhäuser gehängt.

Erst in zweiter Linie hatte ein gewisses Bedürfnis nach „Schutz vor Überfall“, wie sich Bürgermeister Dr. Schmiedeberg im Hinblick auf die nur 19 Kilometer entfernte sowjetische Zonengrenze ausdrückte, eine Rolle gespielt. In zähem, fast zweijährigem Wettbewerb um die Ehre, Garnisonstadt zu werden, mußten erst die Städte Osterode und Duderstadt aus dem Felde geschlagen werden, bevor das „Amtliche Kreisblatt“ verkünden konnte: „Für die Bergstadt beginnt ... ein neuer Abschnitt in ihrer Geschichte.“

Die 230 Grenzschutz-Beamten nur spartanisch in Baracken — auf dem Gelände einer demontierten Dynamitfabrik, in der Nähe eines Galgenberges — unterzubringen, hatte 1,3 Millionen Mark gekostet. Auf einen Kasernenhof wurde verzichtet.

Der **gummibesohlte**, weiche Stiefel, in dem der Grenzjäger nach amerikanischem Vorbild im Gegensatz zum genagelten Knobelbecher heute einhersteigt, steht vorerst noch symbolhaft für die ängstliche Rücksichtnahme dieser militärähnlichen, international bewaffneten Polizeitruppe\* auf die Empfindsamkeiten des demokratischen Christenmenschen. Dies drückt sich rein äußerlich bereits in den Kommandos aus.

Statt des peitschenden „Richt euch!“ heißt es beispielsweise fast k. u. k. österreichisch gemüthlich: „Einrichten!“, statt „Rührt euch!“ — „Rühren!“ und statt des einstigen, aufreizenden: „Das G'wärr — ü..!“ beinahe friedfertig: „Karabiner — auf Schulter!“ beziehungsweise: „Karabiner bei Fuß!“, „Stillgestanden!“ ist durch das neutralere „Achtung!“ ersetzt.

An dienstlichen Bezeichnungen wurde aus dem gefürchteten „Hauptwachmeister“ oder „Spieß“ ein harmlos erschein-

\* Der Bundesgrenzschutz verfügt über deutsche MG 42 und Karabiner 98 K, spanische Pistolen „Astra“ und italienische Maschinenpistolen „Beretta“.

ender „Innendienstleiter“ und aus einem „Panzerspähwagen“ ein nichtssagender „SW“ („Sonderwagen“).

Aber es wird wieder, obgleich in den Ausbildungsrichtlinien nicht vorgesehen, Präsentiergriff geübt („auf Wunsch der Männer“), der Haarschnitt ist kurz („weil die Männer selbst nicht wollen, daß die Fransen unterm Helm hervorthängen“), und bei den Offizieren setzt sich statt der knappen amerikanischen Feldbluse als erste Ausgeh-Garnitur wieder die alte lange Wehrmacht-Feldbluse durch.

Inwieweit der Häutungsprozeß weiter voranschreitet, hängt nicht zuletzt davon



Heiße Sie willkommen  
Blümchen von Renate Raatz

ab, wann die alten Polizei-Offiziere im Bundesgrenzschutz von ehemaligen Militärs majorisiert sein werden. Bis jetzt sind noch zwei Drittel der Stabsoffiziere ehemalige Polizisten; bei den Hauptleuten kommt nur noch ein Drittel von der Polizei, und die Bundesgrenzschutz-Offiziere unter Hauptmannsrank stammen schon sämtlich aus der Wehrmacht.

Der Offizier erlaubt es sich noch, gelegentlich die Hand in die Hosentasche zu schieben, der Mann hingegen muß schon wieder seine „Knochen zusammenreißen“, wenn er einen Vorgesetzten passiert.

Mit gezogenem Zylinder schritt der eingefleischte Zivilist Dr. Schmiedeberg am Nachmittag des großen Tages neben den goldgeflochlenen Schulterstücken und dunkelgrünen Biesen des Bundesgrenzschutz-Kommandeurs und ehemaligen Flakgenerals Giese in einem Pulk anderer Prominenter die Front der unbeweglich wie ein Latenzaun aufgestellten Hundertschaften entlang. Etwas eilig, wegen einer über den Platz heraufziehenden Regenwolke.

„Mal wieder ein schönes Bild“, sagte Ministerialdirektor Egidi angesichts der vorgereckten Soldatenbrüste befriedigt zu Minister Ahrens.

Ahrens, niedersächsischer Wirtschaftsminister: „Ja, so muß es auch sein.“

## SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

### Die Flucht nach vom

(s. Titel)

Acht Tage vor der westdeutschen Steuer-senkung für Kaffee schlürfte am Frühstückstisch eines Heilbronner Hotels ein massig-älterer Herr seine Tasse Schwarzen. Dabei fragte er den bedienenden Ober: „Sagen Sie mal, was soll denn die Tasse Kaffee bei Ihnen nach der Steuersenkung kosten?“ Ein wenig zögernd kam die Antwort: „Der Preis wird von 65 auf 60 Pfennig herabgesetzt.“

Worauf der massig-ältere Herr explodierte: „Das ist ja unerhört. Und wenn wir die Steuer noch einmal senken, setzt ihr den Preis wohl um zwanzig Prozent herauf, was?“ Sprach's, spuckte die abgebissene Zigarrenspitze aus und verließ dampfend das Frühstückszimmer. Der verdatterte Oberkellner forschte dann im Anmeldebuch nach den Personalien des erzürnten Gastes: Erhard, stand da; Wirtschaftsminister.

Die Kaffeesteuersenkung, mit, oder besser gegen Finanzminister Schäffer durchgeführt, war vor den Wahlen Ludwig Erhards letzte Tat für den Verbraucher. Die letzte primitive Reverenz einer Wirtschaftspolitik, die durch den Magen ging und die als Antriebskraft ganz ungeniert Genuß und Eigeninteresse des einzelnen benutzte. Dieser jahrtausendealte Brennstoff hat in der westdeutschen Wirtschaftsmaschinerie enorm gezündet: von 1500 Tageskalorien stieg der allgemeine Lebensstandard fast auf Friedensniveau, das Sozialprodukt\* wuchs von 50 auf über 130 Milliarden Mark.

Auf achtzig Wahlversammlungen hat die scheidende Bundesregierung am Ende der ersten vierjährigen Regierungsperiode im westlichen Nachkriegsdeutschland noch einmal jenes rosige Gesicht herumgezeigt, das in der Weltöffentlichkeit mit dem neuerrungenen deutschen Wohlstand nahezu identisch geworden ist:

Eine Stirn, wie die westdeutsche Produktionskurve (1948 Index 63, heute 152), steil nach oben gerichtet, schmale Schweinsäuglein über aufgeplusterten Wangen (Einzelhandelsumsatz 1948 15 Mrd., heute 36) und herabhängende Fettpolster für schlechtere Zeiten (Devisenreserve 6,5 Mrd. Mark), die das kleine Kinn umrahmen. Darüber, qualmend wie die Schlöte des Ruhrgebietes, die ewige schwarze Brasil.

Auch dieses Gesicht hat anders ausgesehen, als an einem Oktoberabend des Jahres 1945 ein Jeep vor Ludwig Erhards Haus in Fürth hielt, um ihn als bayrischen Staatsminister für Wirtschaft nach München zu bringen. Bis dahin kannte kaum jemand den hohlwangigen Professor des Nürnberger Instituts für Wirtschaftsbeobachtung. Und noch als Vorsitzender der Sonderstelle Geld und Kredit in Bad Homburg war Erhard ziemlich unbekannt.

Erst als er im März 1948 als Nachfolger von Hühnerfutter-Semler Direktor der Frankfurter Verwaltung für Wirtschaft wurde, sprach es sich in breiteren Wirtschaftskreisen herum, daß da so ein Verrückter namens Erhard herumlaufe, der direkt vom Mond kommen müsse. Denn der Mann führe so wirre Reden über einen in Deutschland notwendigen liberalen Wirtschaftsvorstoß.

Entsetzen aber verbreitete sich selbst unter seinen Anhängern, als dieser Mann sich dann ganz kurz nach der alliierten Währungsreform an das Mikrofon des

\* Das Sozialprodukt ist die in Mark ausgedrückte Gesamtsumme des Wertes aller in einem Jahr erzeugten Güter, Dienstleistungen usw.